

Die Zürcher FDP will das nationale Verkehrsabgabensystem auf den Kopf stellen **SEITE 15**

Die Spaziergängerin Marie-Anne Lerjen geht auch ungewöhnliche Wege, um die Stadt neu zu entdecken **SEITE 16**

Röbi Rapp erlebt seinen Traum nicht mehr

Zürich baut die ersten Alterswohnungen exklusiv für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen

Lange hat das prominenteste schwule Paar der Schweiz darauf gehofft, jetzt ist das Ziel erreicht – für alle anderen, denn für die beiden als Paar kommt es zu spät.

DOROTHEE VÖGELI

Als sich Röbi Rapp und Ernst Ostertag in den 1950er Jahren kennenlernten, war Homosexualität hierzulande ein Tabu. Wer sich outete oder gar in einer Gemeinschaft lebte, setzte seine Arbeitsstelle aufs Spiel und riskierte einen Eintrag ins Schwulenregister der Polizei. Seit Rapp und Ostertag 2003 als erstes gleichgeschlechtliches Paar im Kanton Zürich ihre Partnerschaft eintragen liessen, ist die Gesellschaft gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschen (LGBT) toleranter geworden.

Doch der einstige Travestiekünstler Röbi Rapp, der in den Nachkriegsjahren sein legendäres Chanson «Die Seltene» zum ersten Mal vortrug, hat wichtige Schritte nicht mehr erlebt. Dazu gehört das Ja des Nationalrats zur Ehe für alle, aber auch der aus seiner Sicht unabdingbare Aufbau von Wohnangeboten für ältere LGBT-Menschen. Um diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, hat sich in Zürich vor sechs Jahren der Verein «Queer Altern» formiert. «Macht vorwärts, wir sind schon alt», schrieb Rapp auf dem Vereinsblog.

Kurz darauf starb er im Alter von 88 Jahren. Der Umzug ins Altersheim blieb ihm erspart – und damit das Schreckensszenario, sich dauernd erklären zu müssen. Auch sein mittlerweile 90-jähriger Lebenspartner Ernst Ostertag kann sich



Röbi Rapp (links) hat den Durchbruch des Stadtzürcher Altersprojekts nicht mehr erlebt. Vor zwei Jahren ist er gestorben. Das Bild mit seinem Lebenspartner Ernst Ostertag wurde in der gemeinsamen Wohnung aufgenommen.

KARIN HOFER / NZZ

dass es in den Heimen nur sehr wenige offen gelebte homosexuelle Partnerschaften gibt. Kaum jemand oute sich.

Schweizweites Pionierprojekt

Knapp zwei Jahre nach Rapps Tod ist die in Berlin oder Wien bereits realisierte Idee des Vereins «Queer Altern» nun auch in Zürich spruchreif geworden. Wie am Dienstag bekanntwurde, realisiert die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) 20 Wohnungen und 24 Plätze in Pflegegruppen für ältere LGBT-Menschen. Das schweizweite Pionierprojekt wird in die Siedlung Espenhof in Albisrieden integriert. Vor 70 Jahren hatte diese ebenfalls Pioniercharakter: Der Espenhof war das erste Bauvorhaben der 1950 gegründeten SAW. Seither hat die Stiftung in der ganzen Stadt 2000 preisgünstige Alterswohnungen mit sozialen und pflegerischen Dienstleistungen geschaffen.

«Espenhof – wir leben Vielfalt» ist gleichzeitig das erste Projekt der «Altersstrategie 2035», wie der sichtlich

stolze Gesundheitsvorsteher Andreas Hauri (glp.) vor den Medien sagte. Zu den mit Abstand wichtigsten Handlungsfeldern gehöre das selbstbestimmte Wohnen mit Unterstützung, und zwar für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Der Verein «Queer Altern», der nach dem Scheitern eines bezahlbaren Wohnprojekts auf privatwirtschaftlicher Ebene erneut auf den Stadtrat zugeht, stiess bei dem vor zwei Jahren gewählten Hauri auf offene Ohren. Innert Kürze kam es zu einer Kooperation mit der SAW und den Pflegezentren der Stadt Zürich.

Die SAW plant für den Siedlungsteil «Espenhof Nord» drei Ersatzneubauten mit rund 135 Alterswohnungen. Aus einem Architekturwettbewerb ist das Projekt «Muchacho con pipa» der Arbeitsgemeinschaft Bollhalder Eberle + Theres Hollenstein mit Planetage Landschaftsarchitekten siegreich hervorgegangen. Eingearbeitet wurde nun der in der Altersstrategie formulierte ganzheitliche Ansatz, nämlich «im fließenden Übergang von selbständigem

Wohnen über Unterstützungsangebote nach Bedarf bis zur stationären Pflege in Wohngruppen in einer vorurteilsfreien Gemeinschaft älter zu werden», wie die Verantwortlichen formulieren. Zu den Kosten gibt die Stadt noch keine Auskunft.

Voraussichtlich 2025 werden die drei Neubauten bezugsbereit sein. In einem Gebäude sind für Angehörige der LGBT-Community 1½- bis 3½-Zimmer-Wohnungen und im Erdgeschoss Pflegegruppen vorgesehen. Barbara Bosshard, die Präsidentin des Vereins «Queer Altern», zeigte sich an der Medienkonferenz sichtlich bewegt. «Für uns ist diese Kooperation ein Durchbruch», sagte sie. Die 69-jährige lesbische Journalistin und Dokumentarfilmerin hat über Röbi Rapp und Ernst Ostertag eine Biografie geschrieben. «Versteckte Liebe» lautet der Titel dieser Aufarbeitung. Mit ihrem Engagement im Verein «Queer Altern» wolle sie der ganzen Gemeinschaft etwas zurückgeben, sagt Bosshard. Dieser versteht sich als «caring

community», die Mitglieder unterstützen sich gegenseitig und initiieren gemeinsame Aktivitäten.

Mit dem Thema Altern und Sterben beschäftigt sie sich schon lange. Vor ihrer Pensionierung drehte sie für das Fernsehen einen Film über den Alltag in einem Altersheim oder porträtierte eine 94-Jährige. Als ihre Lebenspartnerin vor zwölf Jahren starb, verarbeitete sie ihre Trauer in einem Buch. Es habe sich in letzter Zeit viel getan, räumt Bosshard ein. Ein Meilenstein ist für sie das Ja des Nationalrats zur Ehe für alle. «Aber immer noch ist ein Drittel dagegen», hält sie fest. Dieses Drittel habe ein fixes Bild davon, was normal sei und was nicht.

Je fragiler LGBT-Menschen würden, umso weniger hätten sie die Kraft, für einen vorurteilsfreien Blick zu kämpfen, sagt sie. Es braucht ihres Erachtens deshalb einen geschützten, einen solchen Menschen «wohlgesinnten» Rahmen. «Gehen Sie mit einem Hund im Wald spazieren und treffen einen anderen Hundel, haben Sie sofort eine gemeinsame Sprache. So ergeht es auch uns: Wir fühlen uns sofort wohler unter unseresgleichen.» Ist die sexuelle Orientierung tatsächlich immer so offenkundig? Bosshard lacht. Nein, auch ihre Partnerin merke es nicht immer. «Aber wir sollten stolz sein dürfen, dass wir so sind, wie wir sind», sagt sie.

Weshalb separieren?

Dem Verein steht ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite, der die Auswirkungen der speziellen Wohnstrukturen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der LGBT-Bewohner untersucht wird. Bosshard ist auf das Resultat gespannt, das Verschwinden in der Anonymität fördere Depressionen und Suchtkrankheiten, sagt sie. Müsste deshalb nicht vor allem in den konventionellen Alterseinrichtungen der offene Umgang mit LGBT-Menschen das Ziel sein?

Diese Forderung hatte Urs Wernli, homosexueller Leiter eines Stadtzürcher Alterszentrums, vor einigen Jahren ins Spiel gebracht. Separierungen brauche es nicht, LGBT-Menschen sollten im Speisesaal sein können, ohne dass sich alle umdrehen würden, sagte er in den Medien. Wernli hat seine Meinung nicht geändert, will sich aber nicht mehr dazu äussern. Barbara Bosshard sagt: «Wir hoffen, dass das Pionierprojekt Espenhof auch in den konventionellen Institutionen einen Achtsamkeitsprozess anstösst.»



«Für uns ist diese Kooperation ein Durchbruch.»

Barbara Bosshard
Präsidentin Verein
«Queer Altern»

deshalb ein Leben in einem konventionellen Altersheim nicht vorstellen. Die Angst vor Diskriminierung teilen offenbar viele über 65-jährige LGBT-Menschen. Ihren Anteil schätzt der Verein «Queer Altern» in der Stadt Zürich auf 10 Prozent. Eine Umfrage bei den Leitern der Pflegezentren ergab jedoch,

«Anders geht's wohl nicht»

Die Zürcher SP will die Maskenpflicht nach dem öffentlichen Verkehr auf Geschäfte und andere geschlossene Räume ausweiten

SASCHA BRITSKO

Seit Montag gilt in der Schweiz die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln. Und es hat sich gezeigt: Bis auf einige Maskenverweigerer hält sich die Bevölkerung daran. Doch was Epidemiologen freut, lässt Politiker aufhorchen. Ein solcher Gehorsam innerhalb der Bevölkerung ist wahrlich selten und lässt nicht lange auf weitere politische Forderungen warten. Nun prescht die SP Zürich vor: Die Maskenpflicht soll auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens ausgeweitet werden. Das verlangte die Partei im Zürcher Kantonsrat.

«Wir haben eine etwas seltsame Beziehung zu den Masken hier in der Schweiz», sagt Co-Präsidentin Priska

Seiler Graf. Mit einer Ausdehnung der Maskenpflicht auf geschlossene Räume folgten wir nur dem Beispiel von Italien oder Deutschland. «Das stinkt mir auch. Aber um eine zweite Welle zu verhindern, ist das nötig.» Und: So völlig daneben lägen unsere Nachbarn ja nicht. «Anders geht's wohl nicht.»

Kostenlose Abgabe gefordert

In einem Postulat im Kantonsrat fordert die SP weiter die Abgabe von kostenlosen Masken. Wenn eine Familie 100 Franken pro Monat für Masken ausgeben müsse, «kann das schon ins Geld gehen», sagt Seiler Graf. «Darum sollten Masken gezielt an Sozialhilfeempfänger oder finanziell schlechter Gestellte verteilt werden.» Bezahlen soll der Kanton.

Auch GLP-Co-Präsident Nicola Forster will eine temporär ausgedehnte Maskenpflicht: «Wir müssen jetzt gemeinsam die zweite Welle verhindern. Diesem Ziel muss sich alles unterordnen.» Die Corona-Task-Force des Bundes empfehle ausdrücklich das Tragen einer Maske in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Lebensmittelläden oder Arztpraxen. «Dem schliesse ich mich an.» Auch Grüne-Präsidentin Marionna Schlatter stimmt zu: «Überall dort, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann, ist es sinnvoll, eine Maske zu tragen.»

Nicola Forster hat gar eine konkrete Vorstellung, wie eine Pflicht eigenverantwortlich umgesetzt werden kann: Ab einer gewissen Anzahl positiv gemeldeter Fälle pro Tag könnte eine Masken-

pflicht automatisch in Kraft treten. «Die eigene Freiheit zu bewahren, wäre ein Ansporn, sich an die Pflicht zu halten», sagt Forster.

SVP und FDP dagegen

Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Zürich, ist da anderer Meinung. «Wir hatten schon die Maskenpflicht im öV abgelehnt, entsprechend lehnen wir auch die Ausweitung einer Pflicht ab.» Jeder sollte situativ entscheiden können, wann das Tragen einer Maske sinnvoll ist. Könne die nötige Distanz nicht eingehalten werden, sei klar, dass eine Maske angezogen werden solle – auch in einem Shoppingcenter. «Wir wollen die Freiheit der Bürger beibehalten. Hoffentlich war das jetzt ein Warnschuss für alle.»

Dieser Haltung schliesst sich SVP-Präsident Benjamin Fischer an. Es sei momentan nicht absehbar, wann das Virus wieder verschwinden werde. «Bei jeder neuen Massnahme müssen wir uns fragen: Sind die Leute bereit, diesen Zustand vielleicht zwei Jahre lang beizubehalten?» Bei der Maskenpflicht ausserhalb des öffentlichen Verkehrs sei das eindeutig nicht der Fall.

«Angesichts der momentanen Lage wäre es unverhältnismässig, weitere Pflichten für die Bürger einzuführen», sagt Fischer. Man könne ja nicht einmal einschätzen, ob die Ansteckungsrate wirklich hoch sei und in welchem Verhältnis die Zahlen stünden. «Die Zeit der Übervorsicht ist vorbei. Die wirtschaftlichen Kollateralschäden sind sonst zu gross.»